



Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

75. Sitzung (öffentlich)

11. November 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:28 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Jörg (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) 3

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14700

Einzelplan 07
Vorlage 17/5517 (Erläuterungsband)
Vorlage 17/5822
Vorlage 17/5927

– Einzelberatungen sowie abschließende Beratung und Abstimmung mit
Votum an den Haushalts- und Finanzausschuss

– Wortbeiträge

Der im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend befindliche Einzelplan 07 wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, GRÜNEN und AfD angenommen.

2 Aktuelle Lage in der Corona-Krise im Kontext des Ausschusses/ Quo vadis Kitabetrieb? 12

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4470
Vorlage 17/5151

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

3 Verschiedenes 16

- keine Wortbeiträge

* * *

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14700

Einzelplan 07
Vorlage 17/5517 (Erläuterungsband)
Vorlage 17/5822
Vorlage 17/5927

– Einzelberatungen sowie abschließende Beratung und Abstimmung mit Votum an den Haushalts- und Finanzausschuss

(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolgt, am 08.09.2021)

Dr. Dennis Maelzer (SPD) erkundigt sich, ob die globale Minderausgabe der Jahre 2017 bis 2019 aus den Haushaltsansätzen für Asylbewerber gedeckt worden sei.

In weiten Teilen werde der Haushalt einfach fortgeschrieben. Der Haushaltsentwurf lade zu einer Bilanz der schwarz-gelben Landesregierung in der laufenden Legislaturperiode ein. Nicht nur seit der Coronapandemie werde im Kita-Bereich vieles sehr knapp bemessen. Die Regierung scheitere bei der KiBiz-Reform an ihren eigenen Ansprüchen. Das führe zu Senkungen bei den Pauschalen für die Kitas, da der Ausbau, aber auch die mit dem Gesetz verbundenen Erwartungen bezüglich der Steigerung der Pauschalen hinter den Planungen und Prognosen der Landesregierung zurückblieben. Beide Entwicklungen im Elementarbereich könnten nicht positiv stimmen.

Zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen verweise die Landesregierung immer wieder auf den Aufwuchs des Kinder- und Jugendförderplans. Der im Ausschuss bestehende Konsens dazu trage sich über Legislaturperioden hinweg. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen finde aber nicht nur durch die Jugendarbeit vor Ort statt. Ziel sei es Ziel gewesen, auch auf Landesebene deutlich aktiver zu werden. Über Jahre habe der Kinder- und Jugendförderplan mit dem Landesjugendparlament eine Position vorgesehen, die niemals realisiert worden sei. Von Anfang an sei kritisiert worden, ein solches Jugendparlament zulasten der Kinder- und Jugendarbeit vor Ort zu finanzieren. Nun erkläre die Landesregierung, das Jugendparlament müsse eigentlich im Einzelplan 01 abgebildet werden. Das sei aber auch nicht der Fall. Für eine umfassendere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Landespolitik passiere nichts. Das habe die Landesregierung zu verantworten.

Auch **Josefine Paul (GRÜNE)** findet, der letzte Haushaltsentwurf in der laufenden Legislaturperiode lade dazu ein, Bilanz zu ziehen. Die regierungstragenden Fraktionen lobten sich selbst für großartige Verbesserungen durch die KiBiz-Reform. Dieser Einschätzung könnten sich die Grünen allerdings nicht anschließen. Für einen qualitativen und quantitativen Ausbau reiche die Bereitstellung höherer Gelder nicht aus. Die zusätzlich zur Verfügung stehenden 1,3 Milliarden Euro trügen an vielen Stellen leider nicht. Insbesondere im Hinblick auf Fachkräfte und die Qualität in Kitas würden deutlich andere Schritte benötigt. Auch der vorliegende Haushaltsentwurf bilde die nötigen Verbesserungen nicht ab.

Die Lage habe sich leider dramatischer zugespitzt als gehofft. Das treffe auch auf die Situation in Kitas zu. Obwohl die Träger großen Bedarf für eine Fortführung des Alltagshelfer*innenprogramms sähen, folge die Landesregierung dem nicht. Dies sei eine Fehlentscheidung.

Zugleich bilde sich im vorliegenden Haushaltsentwurf das angekündigte Anschlussprogramm mit Angeboten zur Weiterqualifizierung noch nicht ab. Statt das Alltagshelfer*innenprogramm in strukturelle Entlastung in Form von Verwaltungs- und Hauswirtschaftskräften umzuwandeln, verweise die Landesregierung auf eine Möglichkeit, eine derartige Entlastung mit Hilfe der KiBiz-Pauschalen zu realisieren. Wunsch und Wirklichkeit im Kita-Alltag seien allerdings nicht immer deckungsgleich.

In der Coronakrise seien die Lebenswelten von Kindern und Jugendliche als Erstes eingeschränkt worden. Kinder und Jugendliche hätten laut Studien den deutlichen Eindruck, dass auf ihre Bedarfe nicht geachtet und ihre Meinung nicht gehört werde, wenn sich die Gesellschaft in einer Krise befinde. Das müsse den demokratischen Kräften im Land Sorge bereiten. Es bedürfe einer stärkeren Fokussierung auf Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen. Benötigt werde nicht nur die Absenkung des Wahlalters. Der Landesjugendring habe eine Strategie vorgelegt, zu der 1.000-Stimmen-Befragungen gehöre und die Frage, wie Beteiligung vor Ort durch eine Reform der Gemeindeordnung verpflichtend gestärkt werden könne. Viele Vorschläge lägen auf dem Tisch. Dennoch wolle sich die Landesregierung auf ein Landesjugendparlament beschränken. Kritik daran hätten nicht nur Jugendverbände formuliert. Damit verbundene Fragen habe die Koalition nicht beantworten können, sondern die Verantwortung dem Landtagspräsidenten zugeschoben. Das stelle kein gutes Signal für das Ernstnehmen der Beteiligungsanforderungen junger Menschen dar.

Einige Verbesserungen – auch einen Aufwuchs der Mittel – weise der Haushaltsentwurf zum Bereich LSBTIQ auf. Dieses Signal nähmen die Grünen positiv zur Kenntnis. Auch die Community freue sich, dass Queerpolitik mittlerweile unabhängig von den Farben der jeweiligen Landesregierung einen hohen Stellenwert einnehme.

Das MKFFI verstehe Queerpolitik als Querschnittsaufgabe. Dieser Querschnittsaufgabe seien sich andere Ministerien aber noch nicht wirklich bewusst. Hier müsse nachgearbeitet werden.

Noch nicht realisiert werde bedauerlicherweise das bei der Vorstellung des Koalitionsvertrages angekündigte Diversity Management für den öffentlichen Dienst. Ebenso fehle eine Antidiskriminierungsstelle des Landes.

Auch wenn die Landesregierung einige Punkte zur Diversität und im Bereich LSBTIQ angestoßen habe, fehlten insgesamt innovative Ansätze. Das Thema „Querschnitt“ habe die Landesregierung nicht eingelöst.

Gut und richtig sei die Aufstockung der Beträge für Kinderwunschbehandlungen. Nach wie vor fehle allerdings eine Betrachtung lesbischer Paare. Diese Ungleichbehandlung sei unzeitgemäß.

Jens Kamieth (CDU) attestiert den Sozialdemokraten fehlendes Verständnis von wirtschaftlichen Zusammenhängen, insbesondere im Zusammenhang mit Dynamisierungen. Die starre Steigerung von Kindpauschalen gehe an der Wirklichkeit vorbei. Kostensteigerungen fielen unterschiedlich hoch aus. Deshalb habe die derzeitige Landesregierung eine Dynamisierung in Form eines anerkannten Schlüssels vorgenommen.

Dass etwa 6.000 Betreuungsplätze nicht hätten gebaut werden können, liege nicht allein in der Verantwortung des Landes; nicht das Land baue die Kitas. Nordrhein-Westfalen habe – erstmals überhaupt – eine Platzausbaugarantie gegeben. Reiche der Impuls für die Kommunen und Träger nicht aus, liege das nicht in der Verantwortung der Landesregierung. Das Geld stehe zur Verfügung und sei nicht abgerufen worden.

Auch ihm seien Umfragen bekannt, nach denen sich Kinder und Jugendliche nicht in ausreichendem Maße gehört fühlten. Diese Aussagen müssten in die Realität eingeordnet werden. So seien die Mittel für den Kinder- und Jugendförderplan von 109 Millionen Euro auf 132 Millionen Euro gestiegen. Zudem habe das Land auch hier eine Dynamisierung vereinbart. Diese komme sehr gut an.

In der Coronazeit seien sämtliche Haushaltsstellen weiterhin bewirtschaftet und so die Strukturen erhalten worden. Alle verbandlichen Organisationen usw. hätten weitergetagt und sehr schnell auf digitale Formate umgestellt. Auch der Landesjugendring habe gesendet. Alle Hinweise der Jugend seien aufmerksam aufgenommen und letztendlich umgesetzt worden.

Strukturen seien noch weiter zu stärken. Während der Pandemie habe man gute Wege gefunden, um für die Zukunft und auch die nächste Welle gewappnet zu sein.

Hilfreich könne eine Entfristung der Gute-KiTa-Mittel auf Bundesebene ein. Nordrhein-Westfalen habe, anders als beispielsweise Mecklenburg-Vorpommern, Gute-KiTa-Mittel durch das neue KiBiz in Qualität umgemünzt. Diese Gelder hülften den Ländern ungemein.

Inzwischen sei das Jugendparlament auf den Weg gebracht worden, ohne dass die Opposition einen Änderungsantrag dazu eingebracht habe.

Dr. Dennis Maelzer (SPD) und **Josefine Paul (GRÜNE)** werfen ein, alle Änderungsvorschläge hätten die regierungstragenden Fraktionen abgelehnt.

Jens Kamieth (CDU) meint, der gefundene Weg gefalle der verfassten Jugend sehr, sehr gut.

Hilfe müsse tatsächlich bei den Menschen ankommen. Über Jahre hinweg habe es immer wieder Projekte zur Seniorenberatung gegeben. Nachfragen des Ministeriums, wie viele Personen die Projekte erreichten, wie breit das Angebot im Land aufgestellt sei usw., hätten nicht zufriedenstellend beantwortet werden können. Steuergelder müssten bei den bedürftigen Menschen ankommen. Projekte, die dies nicht gewährleisten, könnten nicht fortgeführt werden. Es bedürfe eines Konzeptes, damit Hilfe bei den Bedürftigen ankomme. Dies sei der Anspruch der Regierung; daran lasse man sich messen.

Marcel Hafke (FDP) hebt hervor, seit Regierungsübernahme durch Schwarz-Gelb fänden sich jedes Jahr neue Elemente im Haushalt, während Rot-Grün den Haushalt mit Ausnahme der Maßnahmen im Zuge der Flüchtlingskrise faktisch nur fortgeschrieben und keine eigenen Kraftanstrengungen unternommen habe, um weitere Entwicklungen auf den Weg zu bringen.

Bedauerlicherweise habe die Opposition bislang nicht nur keine Änderungsanträge vorgelegt, sondern nicht einmal mündlich eigene Ideen vorgetragen. Diese Anspruchshaltung sei mittlerweile offenbar ganz aufgegeben worden.

Im vorliegenden Haushaltsentwurf stünden zusätzliche Mittel für die Schwangerschaftskonfliktberatung bereit. Während sich SPD und Grüne in der Vergangenheit geweigert hätten, die Kinderwunschbehandlungen landesseitig zu unterstützen, habe die Landesregierung Mittel hierfür bereitgestellt. Dieses Angebot nähmen die Menschen im Land an.

Die Mittel für den Bereich „Familienerholung“ hätten sich vervierfacht. Gerade in der Coronapandemie sei es wichtig, auf diesem Gebiet Unterstützung zu bieten.

Das Kinderbildungsgesetz greife erst seit einem Jahr. Seitdem stünden die Mittel zur Verfügung. Manche Effekte seien aufgrund der Coronapandemie noch nicht so abzusehen wie erhofft; denn Corona habe in nahezu allen sozialen und gesellschaftlichen Bereichen zu Verwerfungen geführt.

Das Land habe eine Ausbaugarantie für Betreuungsplätze gegeben; könne letztlich aber nur das Geld dafür zur Verfügung stellen. Jede Kommune und jeder Träger könne aufgrund der Blankozusage des Landes bauen. Das sei ein starkes Signal und zeige die Bedeutung, die die Regierung dem Thema beimesse.

Was die Regierung mit den sie tragenden Fraktionen seit einigen Jahren zur Fachkräfteentwicklung unternehme, suche seinesgleichen. Das habe es in Nordrhein-Westfalen vorher noch nie gegeben. Viele verschiedene Maßnahmen seien auf den Weg gebracht worden, um Fachkräfte zu gewinnen und auszubilden. Die Vorgängerregierung habe auf dem Gebiet praktisch nicht gehandelt. Inzwischen seien Anreizmodelle für zusätzliche Ausbildungen durch die Träger geschaffen worden.

Die Coronapandemie wüte keineswegs massiv im Kitabereich, wie die Grünen dies dargestellt hätten.

Josefine Paul (GRÜNE) entgegnet, dies habe sie nicht gesagt. Doch die Infektionszahlen sprächen eine deutliche Sprache.

Marcel Hafke (FDP) entgegnet, im Kita-Bereich sei dies nicht der Fall. Bis auf ganz wenige Ausnahmen gebe es keine Kita-Schließungen. Die niedrigen Infektionszahlen bei Kita-Kindern und Erzieherinnen und Erziehern ließen einen fast normalen Betrieb zu. Das sei gut so und zeige, dass Kitas keine Pandemietreiber und dort keine verstärkten Maßnahmen erforderlich seien. Deshalb sollten nicht weiter Ängste geschürt, sondern das Erziehungspersonal in ihrer verantwortungsvollen Aufgabe gestärkt werden.

Deutlich aufgestockt würden die Mittel für Beratungsstellen im Bereich „Kinderschutz“. Auch Kinderschutz- und Präventionsprojekte würden vorgesehen. Erstmalig und perspektivisch aufwachsend sehe der Einzelplan 07 zudem Maßnahmen für das neue Kinderschutzgesetz vor.

Ein Landesjugendparlament und die Diskussion darüber fielen nicht vom Himmel. Seit gefühlten 20 Jahren spreche das Parlament über die Beteiligung junger Menschen im parlamentarischen Raum. Jugendbeteiligung im Allgemeinen, in Verbänden, in Schulen etc. berühre dagegen andere Punkte. All das, was Jugendverbände und teilweise die Jugend selbst moniere, nämlich zu wenig Partizipation, sei auch Aufgabe bestehender Institutionen. Diese müssten sich fragen, ob ihre Aktivitäten überhaupt noch alle Jugendlichen erreichten und repräsentativ seien.

Die Opposition habe bislang kein stichhaltiges Argument vorbringen können. Das Absenken des Wahlalters allein reiche nicht aus; dadurch würden nur Jugendliche ab 16 Jahren beteiligt, und das auch nur in Fünfjahresschritten. Es gehe aber um eine kontinuierliche Beteiligung junger Menschen im parlamentarischen Raum, wie sie oftmals auf kommunaler Ebene üblich sei. Die Partizipation im kommunalen Bereich solle ausgebaut und weiter gestärkt werden. Was in den Kommunen gelte, solle auch für den Landtag gelten. Dafür seien Entscheidungen zu treffen, die idealerweise an einer neutraleren Stelle diskutiert und ausgestaltet würden. Bislang hätten weder die Verbände noch die Opposition Vorschläge dazu unterbreitet, wie eine Beteiligung von Jugendlichen im parlamentarischen Raum verankert werden könne.

Iris Dworeck-Danielowski (AfD) kündigt an, dem Haushaltsentwurf nicht zustimmen; denn die AfD-Fraktion denke Familienpolitik deutlich anders als die regierungstragenden Fraktionen.

Beratungsstellen wie pro familia und donum vitae erhielten über die gesetzlichen Vorgaben für Schwangerschaftskonfliktberatung hinaus Zuschüsse. Pro familia habe sich in diversen Anhörungen immer wieder deutlich für eine möglichst niedrigschwellige und ergebnisoffene Beratung ausgesprochen. Schwangerschaftskonfliktberatung sei in der Tat wichtig. Gleichzeitig habe der Schutz des ungeborenen Lebens an sich für die AfD einen Wert. Werdenden Müttern müssten auch Lösungen und Perspektiven aufgezeigt werden. Das Angebot dürfe sich nicht in einem möglichst niedrigschwelligen Schwangerschaftsabbruch beschränken und dann auch noch vom Land bezahlt werden.

Die Bezuschussung der künstlichen Befruchtung befürworte die AfD-Fraktion. Allerdings sei das Konzept der Landesregierung zu einseitig. Gut und wichtig sei die Unterstützung Betroffener, damit diese nicht in ungewollter Kinderlosigkeit verharren müssten. Politik habe aber auch ganz klar die Aufgabe, der aktuellen Entwicklung entgegenzuarbeiten, dass gesunde Paare unnötigerweise kinderlos blieben. Offensichtlich seien Elternschaft und Studium, Ausbildung oder Berufseinstieg in der gegenwärtigen Gesellschaft nicht mehr miteinander vereinbar, sodass die Entscheidung für Nachwuchs immer später getroffen werde. Dieser Entwicklung solle gegengesteuert werden.

Nach Ansicht der AfD-Fraktion müsse es Eltern ermöglicht werden, für die ersten drei Lebensjahre frei über die Betreuung ihres Kindes in der Kita, durch eine Tagesmutter oder zu Hause zu wählen. Das sei richtig und wichtig, um die individuellen Bedürfnisse des Kindes stärker berücksichtigen zu können. Gegenwärtig könnten viele Eltern aufgrund des finanziellen Drucks nicht frei entscheiden und müssten rasch wieder ihrer beruflichen Tätigkeit nachgehen. Zudem binde ein jüngeres Kind mehr Personal. Da ohnehin permanent Personalknappheit in der frühkindlichen Bildung beklagt werde, könne das ein guter Lösungsansatz sein, um die Situation in den Kitas zu entzerren.

Gute niedrigschwellige Qualifizierungsangebote und Maßnahmen zur Personalrekrutierung seien auf den Weg gebracht worden. Ob dies Früchte trage, müsse sich allerdings noch erweisen; denn die Ressource Mensch sei nun einmal endlich, und Personalknappheit werde branchenübergreifend beklagt.

Für zielführend halte die AfD die Altersfeststellung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Hierzu verweise sie auf den prozentualen Anteil der Kinder, die jedes Jahr in Obhut genommen würden. Die Ressourcen und das Personal seien sehr knapp, um Kinder aus hochproblematischen Familien zu nehmen. Das gleiche Personal sei für die Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge zuständig. Umso wichtiger sei eine konsequente Altersfeststellung, damit volljährige Flüchtlinge aus der Betreuung herausgenommen werden könnten.

Nach Ansicht von **Dr. Dennis Maelzer (SPD)** habe Marcel Hafke zumindest versucht, inhaltlich zu argumentieren, während Jens Kamieth überwiegend die Verantwortung des Landes von sich gewiesen habe. Dass sich die CDU-Fraktion nicht besonders in der Verantwortung sehe, spiegele der Haushalt wider. Auch hinsichtlich der Qualitätsentwicklung im Kita-Bereich verweise die CDU-Fraktion in erster Linie auf den Bund. Das verwundere nicht; denn jede einzelne Qualitätsverbesserung durch die KiBiz-Reform werde durch Bundesmittel finanziert. Er hoffe mindestens auf eine Verstärkung der Gute-KiTa-Mittel. Erstaunlicherweise fordere inzwischen die CDU eine Erhöhung dieser Mittel, habe das jedoch auf Bundesebene zunächst anders gesehen.

Ebenso sehe die CDU-Fraktion das Land nicht in der Verantwortung für den Ausbau an Kita-Plätzen. Blende man die Steigerung der Mietkosten aus und sei nicht auf die überdurchschnittliche Entwicklung der Baupreise vorbereitet, komme man letztlich zu einer großen Finanzlücke und einem Defizit beim Ausbau von Betreuungsplätzen. Noch nie seit Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatzes habe es

einen solch geringen Zuwachs an Betreuungsplätzen gegeben wie unter der jetzigen Landesregierung.

Die regierungstragenden Fraktionen lehnten die Verantwortung für die Bereitstellung von Alltagshelfern ebenso ab wie für die Belastung von Eltern durch Kita-Gebühren. Dabei hänge die finanzielle Belastung durch Kita-Gebühren nicht von der Betreuungsqualität ab, sondern von der Finanzkraft der jeweiligen Kommunen. Zum Glück habe der Bund zumindest für ein weiteres beitragsfreies Kitajahr gesorgt.

Nachdem die Jugendverbände in der gemeinsamen Diskussion mit der Politik konkrete Vorschläge unterbreitet hätten, hätten die regierungstragenden Fraktionen eine Beauftragung des Parlamentarischen Beratungs- und Gutachterdienstes gefordert und, statt den Dialog weiterzuführen, gewissermaßen bei Nacht und Nebel einen Antrag zum Jugendparlament eingebracht. Darauf hätten die Jugendverbände nicht gerade wohlwollend reagiert. Auch inhaltlich habe es keinen Fortschritt gegeben.

Im weiteren parlamentarischen Verfahren werde die SPD-Fraktion Haushaltsänderungsanträge zu den angesprochenen Themen einbringen.

Jens Kamieth (CDU) verweist auf ein Delta von 750 Millionen Euro bei den Personalkosten, welches innerhalb der Regierungszeit von Rot-Grün entstanden sei. Diese Summe seien nicht durch den Bund, sondern je zur Hälfte von den Kommunen und vom Land aufgebracht worden.

Die Bedarfe melde auf Bundesebene das SPD-geführte Fachministerium an. Die Bewilligung liege dann beim – ebenfalls SPD-geführten – Finanzministerium. Warum die Gute-KiTa-Mittel nicht schon lange entfristet worden seien, könne er nicht nachvollziehen.

StS Andreas Bothe (MKFFI) unterstreicht, der Einzelplan 07 sei im Integrationsausschuss – auch von den Oppositionsfraktionen – deutlich positiver bewertet worden, möglicherweise aufgrund des bestehenden integrationspolitischen Konsenses. Ein solcher Konsens bestehe in familienpolitischen Fragen nicht immer. Mit Blick auf die Position der AfD-Fraktion beispielsweise zur Schwangerschaftskonfliktberatung halte er einen solchen Konsens allerdings auch für schwierig.

Selbstverständlich habe der Einzelplan 07 zur globalen Minderausgabe beigetragen. Sie sei aus dem Kapitel „Asyl“ heraus bestritten worden.

Nicht vergessen werden dürften die besonderen Bedingungen während der Pandemie, aber auch die Flutkatastrophe und die wieder steigenden Herausforderungen durch Zuwanderung. All dies sei mit gewaltigen finanziellen Aufwendungen verbunden. Vor diesem Hintergrund sei der Entwurf gut gelungen.

Für die „Allianz für Vielfalt und Chancengerechtigkeit“ habe das Land 500.000 Euro zur Verfügung gestellt und aus diesen Mitteln die Netzwerkstelle Unternehmensvielfalt eingerichtet, die seit 2021 kleinen und mittleren Unternehmen passgenaue Angebote zur Unterstützung bei der Einführung von Diversity Management mit dem Fokus auf LSBTIQ unterbreite. Für LSBTIQ stünden insgesamt 670.000 Euro mehr zur Verfügung.

Im MKFFI selbst hätten 21 % aller Beschäftigten eine Einwanderungsgeschichte. So weit seien einige Bundesministerien und -behörden noch nicht.

Die Bedeutung der Verbraucherinsolvenzberatung habe während der Pandemie weiter zugenommen. Deshalb sollten die Mittel von 6,2 Millionen Euro auf 9,9 Millionen Euro erhöht werden. Hinzu kämen inhaltliche Veränderungen wie die Zusammenlegung der Verbraucherinsolvenz- und der Schuldnerberatung.

Würden Gelder bereitgestellt, schließe das Land gleichzeitig Vereinbarungen mit den Akteuren, wie beispielsweise mit den kommunalen Spitzenverbänden zum Thema „FlüAG“. Ebenso habe das Land im Zusammenhang mit dem Alltagshelferprogramm Vereinbarungen mit den jeweiligen Trägern geschlossen. Den Trägern sei von Beginn an klar gewesen, dass dieses Programm auslaufen solle.

Hervorzuheben sei ein neues Programm, das 1.000 Ferienwochen für Familien in Nordrhein-Westfalen in Familienferienstätten ermögliche.

Die bereits erwähnten 1,3 Milliarden Euro zusätzlich für Kitas würden von Land und Kommunen aufgebracht. Selbstverständlich stelle das Land auch Gute-KiTa-Mittel bereit. Der Minister setze sich auf Bundesebene für die Entfristung der Gute-KiTa-Mittel ein. In Erinnerung rufen wolle er das Rettungspaket mit einem Umfang von 250 Millionen Euro und das Gesetz für den qualitativ sicheren Übergang mit einer vergleichbar hohen Summe. Insgesamt seien die finanziellen Anstrengungen in dem Bereich also sehr groß gewesen. Das Geld werde für eine qualitative Verbesserung ausgegeben. Für Sprachförderung beispielsweise stünden statt bislang 70 Millionen Euro nun 100 Millionen Euro bereit. Zudem werde Geld für 150 zusätzliche Familienzentren in den Haushalt eingestellt. Auch die Mittel für den Kinder- und Jugendförderplan seien deutlich aufgestockt und zusätzlich dynamisiert worden. Mit Blick auf diese Maßnahmen verstehe er die geäußerte Kritik nur bedingt.

Kennzeichnend für die Politik des Ministers seien gegebene Garantien wie die Betreuungsplatzausbaugarantie, aber auch die Bildungs- und Betreuungsgarantie gewesen.

Gesundheit beschränke sich nicht auf die Abwesenheit von Corona. Es gehe auch um die geistige und seelische Gesundheit. Dafür seien Bildungsangebote sehr wichtig.

Josefine Paul (GRÜNE) vermisst eine Aussage der Landesregierung, wie sie Diversität und Attraktivitätssteigerung auch innerhalb der Landesverwaltung fördern und systematisch angehen wolle. Ein hoher Diversitätsgrad im MFKKI sei zwar begrüßenswert, aber es gehe auch um systematische und strukturelle Steuerung. Der öffentliche Dienst müsse für alle Menschen interessant sein. Dafür bedürfe es einer Diversitätsstrategie.

Angesichts der in den letzten viereinhalb Jahren geführten Debatten könne die Kritik seitens der Opposition nicht überraschen.

Es gehe um die Frage, wie bestmöglich alle Menschen und damit auch Kinder und Jugendliche vor Infektionen geschützt werden könnten. Alles müsse getan werden, um Schulen und Einrichtungen für Kinder und Jugendliche offenzuhalten. Dazu gehöre, sich über Schutzmaßnahmen um Kinder und Jugendliche herum zu verständigen.

Iris Dworeck-Danielowski (AfD) betont, die aktuellen Regelungen zur Schwangerschaftskonfliktberatung seien ausreichend. Der gesellschaftliche Konsens bröckele aktuell in eine ganz andere Richtung. Nach Auffassung verschiedener Parteien sollten Schwangerschaftsabbrüche grundsätzlich nicht mehr im Strafgesetzbuch geregelt werden, keinen Fristen mehr unterliegen usw.

Schwangerschaftsabbrüche müssten nach Beratung legal möglich sein, aber nur eine Lösung für eine Notsituation darstellen. Gegenwärtig übernehme das Land Nordrhein-Westfalen die Kosten fast jeden Schwangerschaftsabbruchs. Dies sei in der Regel an eine prekäre Einkommenssituation der Mutter geknüpft. Angesichts dessen müsse man sich fragen, was getan werde, um werdenden Müttern in Notlagen Unterstützung zu gewähren.

Gerade pro familia forcieren in ihren Beratungsgesprächen regelmäßig die Abtreibung. Gleiches gelte, wenn in der Pränataldiagnostik ein potenzieller Gendefekt festgestellt werde. Werdende Mütter müssten sich mittlerweile vehement für ihr Kind aussprechen, weil die Medizin es immer besser finde, diese Kinder abzutreiben. Da habe ein sehr kritisch zu betrachtender Bewusstseinswandel in der Gesellschaft stattgefunden.

In einer Konfliktsituation benötige man Unterstützung in beide Richtungen. Gegenwärtig erfahren die werdenden Mütter etwas einseitige Unterstützung. Das kritisiere die AfD-Fraktion.

Der im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend befindliche Einzelplan 07 wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, GRÜNEN und AfD angenommen.

2 Aktuelle Lage in der Corona-Krise im Kontext des Ausschusses/ Quo vadis Kitabetrieb?

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/4470
Vorlage 17/5151

StS Andreas Bothe (MKFFI) trägt vor:

Das MKFFI erfragt wöchentlich die Situation in den 10.600 Kindertageseinrichtungen sowie in den Jugendämtern für die Kindertagespflege. Durchschnittlich waren im November nach den bisher vorliegenden Meldungen an einem Tag – montags bis freitags – rund zehn Einrichtungen teilweise und rund drei Einrichtungen komplett wegen Infektionsschutzmaßnahmen geschlossen. Insgesamt waren dies im Schnitt 0,1 % der Einrichtungen. Im Oktober waren durchschnittlich rund neun Einrichtungen teilweise und rund zwei Einrichtungen komplett geschlossen.

Nach den bisher vorliegenden Meldungen waren in absoluten Werten im Laufe des Novembers von den rund 10.600 Einrichtungen 19 Kindertageseinrichtungen teilweise und 6 Kindertageseinrichtungen komplett wegen Infektionsschutzmaßnahmen geschlossen. Zum Vergleich: Stand Oktober gab es 51 Teilschließungen und 8 Komplettschließungen.

Zur Zahl der Infizierten: 146 Kinder und 143 Beschäftigte wurden den Landesjugendämtern bisher im November als infiziert gemeldet. Für die 44. Kalenderwoche, also die Woche vom 1. bis 7. November, meldeten 116 Jugendämter 50 zeitweise Schließungen im Bereich der Kindertagespflege wegen Quarantäne. Diese und weitere Zahlen finden Sie, wie immer, auch auf unserer Homepage.

Wir ermitteln die Zahlen in einem relativ aufwendigen Abfrageverfahren bei allen Einrichtungen im Lande. Wir haben von den Einrichtungen und den Trägern die Rückmeldung bekommen, dass dies zu einem erheblichen bürokratischen Mehraufwand führt. Teilweise wird uns berichtet, man komme kaum noch zu den eigentlichen Aufgaben im pädagogischen Bereich. Deshalb denken wir im Haus darüber nach, von diesem aufwendigen Abfrageverfahren bei allen Einrichtungen abzusehen, es zumindest auszusetzen und es künftig bei den Meldungen der Jugendämter nach § 47 SGB VIII zu belassen. Über die Meldungen der Jugendämter bekommen wir die Zahlen, die für die Steuerung der Pandemie und die Frage, welche Konsequenzen zu ziehen sind, entscheidend sind. Das sind die Zahlen, wie viele Einrichtungen ganz oder teilweise geschlossen sind, und die Angaben, wie viele Kinder und Erzieherinnen und Erzieher sowie andere Beschäftigte infiziert sind.

Ich will das hier nicht zur Diskussion stellen; wir müssen diese Entscheidung selbst treffen. Ich möchte Sie an der Stelle nur darüber unterrichten, dass wir darüber nachdenken, die Werte künftig über die Abfrage nach § 47 SGB VIII zu erhalten und den Trägern und Einrichtungen vor Ort dadurch das Geschäft zu erleichtern.

Ich weiß, dass diese Entscheidung vor dem Hintergrund der steigenden Infektionszahlen aktuell schwierig ist. Deshalb möchte ich Sie darüber unterrichten, dass wir uns darüber Gedanken machen, aber noch keine abschließende Entscheidung getroffen haben. Wir werden Sie in der nächsten Sitzung oder gegebenenfalls außerhalb der Sitzung schriftlich über die Entscheidung informieren. Mehr kann ich dazu im Moment nicht sagen.

Dr. Dennis Maelzer (SPD) bedankt sich für den Bericht und zeigt sich besorgt über die erneut aktuell stark steigenden Infektionszahlen.

Erfreulicherweise habe das Infektionsgeschehen noch nicht auf die Kitas übergreifen. Es dürfe nicht der erste Schritt sein, Einrichtungen zu schließen oder dort Einschränkungen vorzunehmen. Um Kinder besser zu schützen, müsse bei den Erwachsenen begonnen und konsequent 2G in Nordrhein-Westfalen eingeführt werden. Eine Abstimmung mit anderen Bundesländern sei dafür unnötig. Nordrhein-Westfalen solle eine Vorreiterrolle zum Schutz der Kinder einnehmen.

In den letzten Wochen sei Nordrhein-Westfalen eher einen Weg weiterer Lockerungen gegangen. Der diskutierte Maskenverzicht in den Schulen sei von Lehrerverbänden, Experten aus dem Medizinbereich, aber auch anderen skeptisch gesehen worden.

Kinder seien keine Infektionstreiber, sondern nähmen laut FDP „nur am Infektionsgeschehen teil“. Die überwiegende Mehrheit der Eltern wolle jedoch nicht, dass ihre Kinder am Infektionsgeschehen teilnahmen. Um dies zu erreichen, habe das Land verschiedene Möglichkeiten. Von einer flächendeckenden Versorgung mit Luftfiltern seien Schulen und Kitas allerdings nach wie vor entfernt, zumal die Landesregierung laut eigener Aussage keine Notwendigkeit dafür sehe.

Kitas wünschten sich keine Entlastung durch den Verzicht auf eine Abfrage, sondern weitere Entlastungen beispielsweise durch Alltagshelfer.

Die Situation in den Kitas sei deshalb nach wie vor gut, weil sie sich weiterhin an Hygienekonzepte hielten. Diese Konzepte habe das Land in der Vergangenheit finanziell unterstützt. Auch das werde nicht fortgeführt.

Wichtig sei ein Zeichen, dass sich die Erwachsenen noch einmal im Sinne der Kinder zusammenreißen müssten, um Einschränkungen für Kinder und Jugendliche verhindern zu können.

Josefine Paul (GRÜNE) bekräftigt, Kindern und Jugendlichen Priorität einzuräumen, müsse sich in tatsächlichem politischem Handeln widerspiegeln. Das sei seit Beginn der Coronapandemie zu häufig nicht der Fall gewesen. Es sei an der Zeit, den Kindern und Jugendlichen die Solidarität zurückzugeben, die sie mit der Gesamtgesellschaft und insbesondere mit älteren Menschen und anderen vulnerablen Gruppen geübt hätten. Kinder und Jugendliche hätten ihr Leben massiv eingeschränkt und ihre Lebensräume nicht mehr zur Verfügung gehabt. Genau das dürfe sich nicht wiederholen.

Erfreulicherweise seien Einrichtungen derzeit nicht so stark vom Infektionsgeschehen betroffen wie die Gesamtinzidenz dies vermuten lasse. Als Konsequenz reiche es nicht

aus, zu hoffen, dass sich dies fortsetze. Alles müsse getan werden, damit sich die Situation nicht verschlechtere. Aufseiten der Erwachsenen müsse mehr getan werden, um einen Schutzkokon um die Einrichtungen und insbesondere die zu bauen, die sich nicht impfen lassen könnten, wie dies bei Kindern unter zwölf Jahren der Fall sei. Deshalb appelliere sie noch einmal an alle, sich – sofern noch nicht geschehen – impfen zu lassen. Impfungen seien der Weg aus der Pandemie und ein solidarischer Akt mit der Gesellschaft. Nicht nur die Zahl der Erstimpfungen, sondern auch die der Booster-Impfungen müsse gesteigert werden.

Im Freizeitbereich solle die 2G-Regelung eingeführt werden, um Einschränkungen dort vorzunehmen, wo nicht wieder Kinder und Jugendliche als Erste beeinträchtigt würden. Es seien klare Maßnahmen zu ergreifen, die die Infektionszahlen reduzierten und eine Überlastung des Gesundheitssystems verhinderten, damit Kinder und Jugendliche keine erneute Einschränkung in ihren Lebenswelten und im Bildungsbereich hinnehmen müssten.

Richtig und gut seien die Coronatests für Kinder und Jugendlichen in Schulen. Wichtig sei aber auch, Testangebote in der Arbeitswelt durch eine 3G-Regelung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu ergänzen. Das könne die Landesregierung angehen, ohne auf eine bundesweite Regelung zu warten.

Marcel Hafke (FDP) hält es für ein berechtigtes Anliegen, die Bürokratie zurückzufahren und sich auf Auskünfte nach § 47 SGB VIII zu beschränken, damit sich Erzieherinnen und Erzieher um ihre eigentlichen Aufgaben kümmern könnten.

Angesichts der niedrigen Infektionszahlen im Kita-Bereich irritiere die Forderung der Opposition, einen Schutzkokon um die Kinder zu ziehen, solange diese „noch“ nicht infiziert seien. Solche Aussagen schürten Ängste bei Eltern, Trägern sowie Erzieherinnen und Erziehern und gingen vollkommen an der Realität vorbei.

Luftfilter brächten in Kitas erwiesenermaßen nur einen geringen Effekt mit sich und eigneten sich nicht als Schutzmaßnahme.

Viele Kinder lägen derzeit auf Intensivstationen, weil sie eineinhalb Jahre kaum Gelegenheit gehabt hätten, ihre Immunabwehr zu stärken und sich nun mit dem RS-Virus infizierten. Nach der im Nachhinein von allen als falsch angesehenen Schließung der Kitas komme das Land im Kita-Bereich sehr gut durch die Pandemie. Erzieherinnen und Erzieher seien prioritär geimpft worden. Während der Hochphase der Pandemie hätten sie Unterstützung durch Alltagshelfer erhalten. Inzwischen bestehe die Möglichkeit zu Booster-Impfungen. Gleichzeitig finde ein Infektionsgeschehen in den Kitas weitgehend nicht statt. Deshalb solle die Situation vorsichtig und aufmerksam beobachtet und begleitet werden, ohne gleichzeitig Ängste zu schüren.

Statt auf eine 2G-Regelung im Freizeitbereich zu beharren, während für die Arbeitswelt 3G gelten solle, sei es ehrlicher, eine Impfpflicht für alle zu fordern.

Er dagegen präferiere eine massive Ausweitung der Testungen und eine 3G-Regelung. Veranstaltungen und Treffen unter 2G-Bedingungen böten nur eine scheinträgliche Sicherheit, da auch Geimpfte und Genesene das Virus weitertragen könnten.

Eine 2G-Regelung begünstige den Trend zu privaten Feiern und Veranstaltungen ohne Kontrollen.

Iris Dworeck-Danielowski (AfD) bestätigt, viele Menschen litten derzeit unter anderen Erkrankungen wie Erkältungen und Grippe. Es sei gut, dass Lehrkräfte und Erzieherinnen und Erzieher früh ein Impfangebot erhalten hätten, zum Teil sogar noch vor Seniorinnen und Senioren. Unredlich sei es, das Wohlergehen der Kinder und Jugendlichen als Vorwand zu nehmen, um eine 2G-Regelung zu fordern und somit letzten Endes eine Impfpflicht zu forcieren. Erklärungen, warum die Gefahrensituation in der Kita abnehme, wenn im Freizeitbereich der Erwachsenen eine 2G-Regelung gelte, fehlten. Da bestehe keine logische Verknüpfung. Mit Blick auf Impfdurchbrüche könne lediglich eine 1G-Regelung – getestet – Wirkung entfalten. Die Tests kostenpflichtig zu machen, sei ein Fehler gewesen.

Nach aktuellen Meldungen werde für unter 30-Jährige und für Schwangere ausschließlich BionTech empfohlen; alle anderen Empfehlungen seien offenbar doch nicht so gut gewesen. Das schüre erneute Zweifel bei denjenigen, die der Impfung ohnehin skeptisch gegenüberstünden. Bei der Vorstellung, als Schwangere einen anderen Impfstoff erhalten zu haben und das Kind später zu verlieren, dürfe man sich nicht über Skeptiker wundern. Die Impfquote in Nordrhein-Westfalen sei ohnehin mit fast 80 % der Volljährigen sehr hoch. Was sich manche noch von einer 2G-Regelung erhofften, um Kitas zu schützen, bleibe ungeklärt. Kinder und Jugendliche seien nach wie vor nicht betroffen. Gleiches gelte für die meisten Erwachsenen. Für ein gesundes Aufwachsen müssten Kinder sich wieder in Gemeinschaft ausleben könnten.

Dr. Dennis Maelzer (SPD) erläutert, eine Verringerung des Infektionsgeschehens in der Gesamtbevölkerung komme selbstverständlich auch Kindern zugute. Dass die Infektionsgefahr für Ungeimpfte deutlich höher sei als für Geimpfte müsse inzwischen jedem bekannt sein.

Wer behaupte, schwangere Geimpfte verlören unter Umständen später ihr Kind, mache sich Querdenkersprüche zu eigen. Derartige Aussagen wolle er nie wieder hören. Die Empfehlung für andere Impfstoffe sei lediglich aufgrund einer minimal erhöhten Gefahr für Herzmuskelerkrankungen zurückgezogen worden. Angesichts der zur Verfügung stehenden Alternative müsse niemand diese minimalen Gefahren eingehen.

Vorsitzender Wolfgang Jörg kündigt an, den Tagesordnungspunkt in der kommenden Sitzung erneut aufrufen, und hofft mit Blick auf die vielen – zum weit überwiegenden Teil ungeimpften – Erkrankten, dass sich noch möglichst viele Menschen impfen ließen.

3 Verschiedenes

– keine Wortbeiträge

gez. Wolfgang Jörg
Vorsitzender

16.11.2021/17.11.2021
10